

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

**Sitzung 08/2012 vom 23. August 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun**

---

#### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler (ab Geschäft Nr. 47), Susanna Ernst Wyss, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Stadtplaner Hansueli Graf (für das Geschäft Nr. 47) Mitarbeiter Planungsamt Anatol Wuwer (für das Geschäft Nr. 47)
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Alexandra Bachmann
Entschuldigt	Stadtrat Matthias Wiedmer
<b>Schluss der Sitzung</b>	20.00 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst er Andreas Kübli (glp) als neues Stadratsmitglied willkommen und wünscht ihm für seine Arbeit im Rat viel Befriedigung.

## 45. Protokoll

### **Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2012**

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 46. Stadträtliche Kommissionen

### **Ersatzwahl SAKO Stadtentwicklung anstelle von Gina Lehnherr (glp)**

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Andreas Kübli (glp)* als Mitglied der Sachkommission Stadtentwicklung vor.

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Fraktion der Mitte beschliesst einstimmig:

In die Sachkommission Stadtentwicklung wird als Mitglied anstelle der zurückgetretenen Gina Lehnherr per sofort gewählt: Andreas Kübli (glp).

## 47. Parking Schlossberg; Parkraumplanung

### **Genehmigung Zonenplanänderung "Überbauungsordnung Parkierungsanlage Schlossberg"**

*Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2012*

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** weist darauf hin, dass als Erstes die Zonenplanänderung und anschliessend in einem zweiten Geschäft die Finanzierung der Parkierungsanlage im Schlossberg diskutiert werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine ausgereifte Planung vorliegt und der vorgeschlagene Standort der Richtige ist. Der Kanton hat signalisiert, dass er die Planung genehmigen wird. Bezüglich Verkehrspolitik ist die Vorlage für die Stadt ein Meilenstein. Mit den wichtigsten Akteuren konnte ein Konsens erreicht werden. Die flankierenden Massnahmen sind austariert. In Kenntnis davon bittet der Gemeinderat um Annahme der zwei Geschäfte.

Christine Buchs, **SAKO StE**, informiert, dass die Kommission die Vorlage bei einer Abwesenheit mit vier Stimmen und einer Enthaltung zur Annahme empfiehlt. Das neue Parkhaus ergänzt die bestehenden Parkhäuser. Der Standort ist mit dem geplanten Bypass Nord günstig gelegen. In der Ausschreibung lässt man mit den gewünschten 250 bis 350 Parkplätzen den Totalunternehmern bewusst Spielraum. Die flankierenden Massnahmen betreffend die Aufhebung von 240 oberirdischen Parkplätzen in der Innenstadt werden von der IG Thun und dem VCS getragen. Beide Parteien haben dieser Massnahme in einer Vereinbarung schriftlich zugestimmt. Das Parkleitsystem wird bis zur Inbetriebnahme des Parkhauses funktionieren. Das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung hat in der Vorprüfung den Zonenplan genehmigt.

Die **FDP-Fraktion** stimmt der Vorlage einstimmig zu. Den Einkaufszentren auf der grünen Wiese, die den Automobilverkehr fördern, soll eine attraktive Innenstadt entgegengesetzt werden.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass in diesem Geschäft die Zonenplanänderung zur Diskussion steht. Die flankierenden Massnahmen und die Kostensicherheit spielen zurzeit keine Rolle. Wer die Zonenplanänderung ablehnt, würde aber schon vorzeitig das Parkhaus im Schlossberg und die verkehrsberuhigenden Massnahmen verhindern. Die Fraktion steht hinter dem Parking Schlossberg und stimmt der Zonenplanänderung zu.

Für Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne** bestimmen Verkehrspolitik und Siedlungsplanung wesentlich mit, ob man lieber mit dem Auto, dem Velo oder zu Fuss unterwegs ist. Geschwindigkeit, Flexibilität, und vor allem auch der Preis sind entscheidende Faktoren für die Verkehrsmittelwahl. Wenn man mit einem Parkhaus nicht mehr Verkehr generieren will, sind flankierende Massnahmen unverzichtbar. Wir Grüne setzen uns für eine menschen- und umweltgerechtere Entwicklung ein; rein ideologisch und isoliert betrachtet, könnten wir darum unmöglich ja zu einem Parkhaus sagen. Einzelgeschäfte müssen jedoch immer im Gesamtzusammenhang abgewogen werden; dieser Gesamtzusammenhang liegt bei dieser Vorlage vor. Wir stützen uns auf die Gesamtverkehrsstudie der Agglomeration Thun. Diese sieht Massnahmen für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen sowie für den Velo- und Fussverkehr vor, welche mithilfe Verkehr zu vermeiden, zu reduzieren oder umweltgerecht zu verlagern. Eine dieser Massnahmen ist denn auch der Parkhausring, welcher mithilfe soll, den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren. So gilt es im Zusammenhang mit der Realisierung der Parkieranlage Schlossberg auch die oberirdischen Parkplätze in der Innenstadt konsequent aufzuheben. Dank der Vereinbarung zwischen der Stadt Thun, der IGT und dem VCS wird diese Massnahme verbindlich festgehalten. Das gibt uns die Sicherheit, dass mit der Inbetriebnahme des Schlossbergparkings alle verkehrsrelevanten, öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt aufgehoben werden. Wir sind überzeugt, dass unsere Stadt an Lebensqualität gewinnt, wenn diese autoärmer und somit auch sicherer für Fussgängerinnen wird. Ob die Bewohnerinnen, Touristen oder Kunden mit der Bahn, mit dem Auto, dem Bus oder dem Velo anreisen, am Schluss sind alle Fussgängerinnen. Als solche stören wir uns an umherkurvenden Autos. Aus unserer Sicht leiden die Geschäfte der Innenstadt auch nicht wegen fehlenden Parkiermöglichkeiten. Discounter und Einkaufszentren am Rand der Stadt tun hier ihr Übriges. Grossisten, welche die Auflagen der Parkplatzbewirtschaftung nicht einhalten, verzerren den Wettbewerb zu Ungunsten der Innenstadtgeschäfte auf eine unakzeptable Weise. So gesehen würden wir Grüne die oberirdischen Parkplätze auch aufheben wollen, ohne dass man ein zusätzliches Parkhaus bauen muss. Doch wir sind uns bewusst, dass sich dafür leider keine Mehrheit finden liesse. Wir sind uns auch bewusst, dass ein Parkhaus im Schlossberg mit der Erschliessung von Schloss und Kirche mehr als nur Parkplätze mit sich bringt. Das Projekt weist somit Verbesserungen gegenüber dem im Jahr 2000 wortwörtlich an der Urne versenkten Parkhaus unter der Aare auf. Mit dem vorliegenden Parkplatzkompromiss erhoffen wir uns, dass die jahrzehntelange Parkhausgeschichte endlich ein Ende findet. Doch für ein umweltgerechteres Unterwegssein gilt es noch viel zu tun. Aus diesen Gründen werden wir Grüne die Überbauungsordnung geschlossen unterstützen. Wie viel den Steuerzahlenden diese Parkplatzverschiebung aber kosten darf hat schlussendlich das Stimmvolk zu entscheiden.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, ist froh, dass es heute nicht zu heftigen Auseinandersetzungen bezüglich des neuen Parkhauses kommt. Das Projekt hat über die Parteigrenzen hinweg eine solide Zustimmung gewonnen. Der Gemeinderat hat das Geschäft, welches massgeblich von der SVP angestossen wurde, solide und breit abgestützt vorbereitet. Mit der Verabschiedung des Zonenplanes wird der Wettbewerb unter den Totalunternehmern lanciert. Positiv ist, dass mit dem 8-Punkteplan die Interessen der grossen Akteure VCS und IGT berücksichtigt werden. Die Fraktion unterstützt die Vorlage.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, ist überzeugt, dass das Parkhaus für alle Verkehrsteilnehmenden und Anwohner einen Mehrwert bringt. Er dankt dem Gemeinderat, dem VCS und der IGT für die gemeinsame Erklärung, welche das Projekt mehrheitsfähig macht. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich die SP seit langem für eine verkehrsfreie Innenstadt einsetzt. Die Fraktion begrüsst ein Parkhaus im Schlossberg grundsätzlich. Ausschlaggebend für die Zustimmung ist letztlich die Vereinbarung zu den flankierenden Massnahmen. Der Gemeinderat hat hierfür hervorragende Arbeit geleistet. Die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze wird einen grossen Mehrwert schaffen. Der Vorschlag ist ein tragfähiger Kompromiss zwischen den Anliegen der linken und rechten Ratsseite. Auch finanzpolitisch ist der Zeitpunkt ideal. Die Vorlage ist ein grosser Wurf. Die Stadt wird sich verändern. Die Fraktion wird der Vorlage grossmehrheitlich zustimmen.

**Martin Allemann** (SP) wird die Vorlage ablehnen. Die Stadt hätte auch im oberen Bälliz eine Fussgängerzone und nicht nur eine Begegnungszone verdient. Er bedauert, dass der Vorschlag zu wenig weit geht, verzichtet aber aufgrund der gemachten Meinungen auf Änderungsanträge.

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** dankt dem Rat für die gute Aufnahme des Geschäftes.

**Der Rat** genehmigt mit 38 : 1 Stimmen folgenden

**Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Juli 2012, beschliesst:

1. Genehmigung der Zonenplanänderung «Überbauungsordnung Parkierungsanlage Schlossberg».
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

#### **48. Parking Schlossberg, Investitionsbeitrag der Stadt Thun von 6,0 Mio. Franken an die Parkhaus Thun AG**

##### **Beschluss Stadtrat zu Handen der Volksabstimmung vom 25. November 2012 und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft**

*Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2012*

**Stadtpräsident Raphael Lanz** dankt für die Annahme der Zonenplanänderung, welche die Grundlage für den Bau des Parkhauses ist. Nun steht die Finanzierung zur Diskussion. Der Gemeinderat empfiehlt aus den bekannten Gründen die Bewilligung des Verpflichtungskredites von 6 Mio. Franken.

Konrad Hädener, **SAKO P + F**, informiert, dass die Kommission mit 4 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Annahme der Vorlage empfiehlt. Während vier Mitglieder dem Geschäft vorbehaltlos zustimmen und mit dem Informationsstand zufrieden sind, war ein Kommissionsmitglied noch unentschieden. Ein weiteres Mitglied hat sich der Stimme enthalten, weil es gegen das Parkhaus ist. Diese beiden Kommissionsmitglieder werden ihre Bedenken im Verlauf der Diskussion noch einbringen.

Die **Fraktion der Mitte** findet es in Ordnung, dass das Parkhaus nicht selbstfinanzierbar sein muss. Die Stadt hat den Auftrag, Parkhäuser am meist geeigneten und nicht am rentabelsten Ort zu realisieren. Es ist auch richtig, dass die Stadt Thun das Parkhaus mitfinanziert, da die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen auch ein öffentlicher Auftrag ist. Das Finanzierungskonzept ist überzeugend. Es führt zu günstigen Zinskonditionen. Der Investitionskostenbeitrag der Stadt von 6 Mio. Franken ist ein Beitrag für die von der Fraktion gewünschte verkehrsarme Altstadt. Die Finanzierung erfolgt sinnvollerweise aus dem Steuerhaushalt. Eine Kapitalerhöhung der Parkhaus Thun AG, wie auch andere Finanzierungsformen, hätten langfristig negative Auswirkungen. Aus der Botschaft geht auch klar hervor, dass die Stadt Ausfälle aus Parkinggebühren, Gewinnsteuern und Dividende verkraften muss. Dies kann die Fraktion akzeptieren.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, ist überzeugt, dass die finanziellen Rahmenbedingungen noch nie so gut waren wie heute. Die Stadt gibt den Kreditgebern mit dem Investitionskostenbeitrag Sicherheit. Der endgültige Entscheid wird am 25. November 2012 an der Urne gefällt. In der Abstimmungsbotschaft kommt klar zum Ausdruck, dass es sich bei der städtischen Investition von 6 Mio. Franken um einen einmaligen Beitrag handelt und sich die Stadt auch an keinen weiteren Investitionen am Parkhaus beteiligt. Zudem wird der städtische Betrag nicht gesprochen, wenn die Finanzierung des gesamten Projektes gefährdet wäre.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, erinnert, dass sich die Fraktion im Mai 2011 gegen die Rückstellung der 6 Mio. Franken für das Schlossbergparkhaus ausgesprochen hat. Die Fraktion wollte, obwohl nicht grundsätzlich gegen das Parkhaus, dieses Projekt nicht privilegieren und hatte Vorbehalte bezüglich der Finanzierung und der Begleitmassnahmen. Diese Vorbehalte wurden mit den nun vorliegenden Informationen entschärft. Die Fraktion wird dem Investitionsbeitrag zustimmen. Wichtig ist, dass es sich um einen einmaligen Beitrag handelt und dieser nicht gesprochen wird, wenn die Finanzierung des Projektes zu risikoreich ist. Die Fraktion vertraut diesen Versprechungen. Die Fraktion wird weiterhin verfolgen, ob diese umgesetzt werden.

Bei Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, löst der Bau von Parkhäusern keine Euphorie aus. Grundsätzlich sollen die Automobilisten ihre Parkplätze selber finanzieren. Es muss also gute Gründe für einen städtischen Beitrag geben. Positiv am Parkhaus ist, dass es im Berg gebaut wird und somit das Ortsbild nicht stört. Das Parkhaus hat auch die Aufhebungen der oberirdischen Parkplätze zur Konsequenz und wird eine offenere und schönere Altstadt schaffen. Dieser langfristige Mehrwert ist in den 6 Mio. Franken enthalten. Auch der Lift auf den Schlossberg schafft einen Mehrwert. Die Fraktion erwartet, dass im Gegenzug auch die Langsamverkehrsmassnahmen unterstützt werden und die Parteien in der oberen Hauptgasse eigene Beiträge für eine attraktive Innenstadt leisten. Die Risiken liegen ganz klar im Bereich der Baukosten. Diese Kosten sind nach wie vor nicht abschätzbar. Die vom Gemeinderat gewünschte Kostenschätzung erfüllt die geforderte Qualität nicht und führt nicht zu Mehrwissen. Die Parkhaus Thun AG wird eine grosse finanzielle Verantwortung übernehmen. Die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Parkhaus Thun AG lässt annehmen, dass dieser der Verantwortung gewachsen ist. Wichtig ist, dass die Stadt bei einem zu grossen Risiko den Bau nicht startet. Auch die Betriebskosten sind unbekannt. Klar ist, dass die Gewinnrechnung künftig viel schlechter aussehen wird. Trotz den Einbussen geht die Hälfte der Fraktion von der grundsätzlichen Finanzierbarkeit des Parkhauses aus. Für diese Hälfte der Fraktion überwiegen die Chancen die Risiken. Auch im Sinne eines Schrittes zu einer besseren Verkehrssituation in der Stadt stimmt dieser Teil der Fraktion der Vorlage ohne Euphorie zu. Wichtig ist auch, dass der Situation an der Burgstrasse ein Augenmerk geschenkt wird, wird doch mit dem Parkhaus diese noch mehr belastet. Dass sich die SVP für das Projekt nun rühmt, ist etwas seltsam. Aus seiner Sicht hat der Widerstand der Grünen, als im Jahr 2001 über ein Parkhaus im Aarebecken abgestimmt wurde, welches die Stadt 8 Mio. Franken gekostet hätte, zur heutigen besseren Lösung geführt. Die Fraktion beantragt in der Abstimmungsbotschaft Seite 8, zweiter Abschnitt folgende Änderung: Es soll heissen "Überprüfung" statt "Gutachten". Der Abschnitt soll also wie folgt lauten: "Die Kostenschätzung wurde im Juni 2012 durch ein externes Ingenieurbüro überprüft. Dessen Überprüfung ergab, dass die Kostenschätzung aufgrund der heute bekannten Erkenntnisse und Unterlagen zuverlässig ist. [...]"

Laut Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, unterstützt die Fraktion das Parkhaus aus folgenden Gründen: Es ergänzt den Parkhausring, es führt zur Beruhigung des Verkehrs, es steigert die Attraktivität der Innenstadt als Einkaufsort, es steigert die Erreichbarkeit des Schlossberges und gleichzeitig bleibt das Stadtbild optisch erhalten. Die Finanzen sind vorhanden und zurückgestellt und die Parkhaus Thun AG hat die Kosten in einem Businessplan dargelegt. Die Fraktion unterstützt das Parkhaus geschlossen.

**Martin Allemann** (SP) wird die Vorlage ablehnen. Es ist ein Trugschluss, dass mit dem Parkhaus alle Verkehrsprobleme gelöst werden. Die Einnahmen der Parkhaus AG zeigen, dass die Erträge pro Parkplatz sinken. Dies, weil es günstigere private Parkhäuser gibt. Persönlich glaubt er, dass das neue Parkhaus zu einer finanziellen Belastung für die Parkhaus AG wird. Dies hätte zur Folge, dass der Stadt weniger oder keine Dividenden zufließen werden. Die Stadt wird also zusätzlich zum einmaligen Beitrag von 6 Mio. Franken Dividendenerträge von bis zu 100'000 Franken für die nächsten 20 Jahre abschreiben müssen. Ehrlicherweise müssen diese Mindererträge auch als Beitrag der Stadt gerechnet werden. Ein Parkplatz für 120'000 Franken ist zu teuer und erfüllt das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht. Auch wird das Parkhaus nicht zur Stadtentwicklung beitragen. Die Verkehrsprobleme müssen anders gelöst werden. Er verzichtet aufgrund der Mehrheiten auf Anträge.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, stimmt der Vorlage zu. Der Investitionsbeitrag der Stadt ist angemessen und die Mittel dafür sind bereits eingestellt. Besser wäre eventuell eine Bürgschaft gewesen. Die Fraktion vertraut aber der Parkhaus Thun AG. Zudem sichert sich die Stadt mit dem Beitrag einen Gegenwert. Das Projekt wird der nächsten Generation dienen.

**Suzanne Albrecht** (Grüne) vertritt die Meinung der anderen Hälfte der Fraktion Grüne. Diese ist der Meinung, dass die Kosten für das Parkhaus äusserst schwierig abzuschätzen sind, da sie erst nach dem Total-Unternehmer-Verfahren vorliegen und eher optimistisch veranschlagt wurden. Die Betriebskosten wurden sehr tief und die Erträge eher hoch eingeschätzt. Stossend ist auch, dass auf die Rückstellungen für die bereits bestehenden Parkhäuser in den nächsten dreissig Jahren verzichtet wird. Für unerwartete Ereignisse wie auch für Sanierungen ist die Parkhaus Thun AG somit nicht mehr gewappnet. Stossend ist auch die Quersubventionierung von 6'000 Franken pro Parkplatz durch die zwei bestehenden Parkhäuser. Das Projekt ist zudem nicht nachhaltig und ökologisch nicht sinnvoll, da trotz Aufhebung der oberirdischen Parkplätze gesamthaft mehr Parkplätze geschaffen werden. Ein Zugang zum Schloss wäre auch für weniger als 6 Millionen Franken möglich gewesen. Falls die Parkhaus Thun AG liquidiert oder saniert werden müsste, müsste die Stadt, gemäss ihrer Beteiligung von 57 %, mithelfen. Aus diesen Gründen lehnt die Hälfte der Fraktion die Vorlage ab.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, beantragt in der Abstimmungsbotschaft Seite 1 im Kapitel "Das wichtigste auf einen Blick" folgende Ergänzung: "Am 25. November entscheiden die Stimmberechtigten über einen einmaligen städtischen Investitionsbeitrag von 6 Mio. Franken an das auf rund 42 Mio. Franken veranschlagte Schlossberg-Parking."

**Konrad Hädener** (CVP) reagiert auf das Votum von Suzanne Albrecht. Die Stadt haftet als Aktionärin der Parkhaus Thun AG ausschliesslich mit ihrem Aktienanteil und nicht für allfällige Sanierungsmassnahmen. Die Fraktion wird den Änderungsanträgen zustimmen.

Laut **Stadtpäsident Raphael Lanz** hatte der Gemeinderat zum Ziel, eine ausgewogene Vorlage vorzulegen. Dies ist gelungen. Die Vorlage wird möglichst vielen Interessen gerecht. Der Gemeinderat ist sich der Verantwortung bewusst. Der Verzicht der Parkhaus Thun AG auf die Rückstellungen birgt keine Gefahr. Der Geschäftsführer der Parkhaus Thun AG kann dies gerne nochmals erläutern. Für den Gemeinderat ist die Transparenz sehr wichtig. Er widersetzt sich deshalb den Änderungsanträgen nicht.

Antrag Fraktion Grüne betreffend die Änderung der Abstimmungsbotschaft Seite 8, 2. Abschnitt (vgl. Votum Thomas Hiltbold)

**Der Rat** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion Grüne einstimmig zu.

Antrag SVP-Fraktion betreffend die Änderung der Abstimmungsbotschaft Seite 1 (vgl. Votum Simon Schweizer)

**Der Rat** stimmt dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion einstimmig zu.

**Der Rat** genehmigt mit 36 : 3 Stimmen die Punkte 1 und 3 des folgenden Stadtratbeschlusses.

**Der Rat** genehmigt mit 38 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung Punkt 2 des folgenden Stadtratbeschlusses.

#### **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Juli 2012, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

**Gemeindebeschluss:**

Die Stimmberechtigten, gestützt auf Artikel 21 lit. c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme von der Botschaft des Stadtrates von Thun vom 23. August 2012, beschliessen:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von Fr. 6'000'000 für die finanzielle Beteiligung der Stadt Thun an der Realisierung des Parkings Schlossberg in Form eines Investitionsbeitrages an die Parkhaus Thun AG.
  2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird inkl. der beschlossenen zwei Änderungen genehmigt.
  3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 49. Motion M 2/2012 betreffend Kauf der Liegenschaft Schadaugärtnerei

### BDP-Fraktion vom 4. April 2012; Beantwortung

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist mit der Antwort zufrieden. Es war nie das Ziel des Vorstosses eine Überbauung im Gebiet der Schadaugärtnerei zu verhindern. Erfreulich ist, dass der Gemeinderat schon tätig geworden ist. Die BDP glaubt an eine Kulturmeile, deren Zentrum der Schadaupark sein könnte. Die Fraktion anerkennt die Komplexität und den geringen Spielraum in diesem Geschäft. Sie stimmt der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, ist froh, dass sich die Bürger mit Einsprachen und der Sammlung von Unterschriften wehren. Das Geschäft muss neu beurteilt werden. Die Fraktion unterstützt den Vorstoss als Postulat. Es braucht nun geschickte Verhandlungen und kreative Ideen, um dem sensiblen Gebiet gerecht zu werden. Der Kauf ist nur eine Option. Die Fraktion hofft, dass das Optimum aus der verfahrenen Situation herausgeholt werden kann. Eventuell braucht es eine Finanzierung durch einen Dritten.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die offene Kommunikation. Es ist klar, dass der Kanton und der Investor drohen, Verluste einzuklagen. In diesem Gebiet sind verschiedenste Nutzungen denkbar. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, findet es richtig, das Überbauungsprojekt vorerst zu stoppen. Dies wird aber auch Konsequenzen haben. Vergessen ging, dass die Überbauung nicht bewilligungsfähig ist, da der Park durch das Inventar schützenswerter Ortsbilder (ISO) geschützt ist. Es muss nur ein mühseliger Bürger vor Gericht gehen und das Projekt könnte nicht realisiert werden. Darum ist es besser, andere Wege zu suchen und die Zeit laufen zu lassen. Zwar ist Verdichtung gut, darf aber nicht übertrieben werden. Die Fraktion wird das Postulat überweisen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass mit dem Projektstopp die Verlässlichkeit der Stadt in Frage gestellt ist. Dennoch gibt es gute Gründe, die Situation zu überdenken und Verhandlungen aufzunehmen. Es wird aber schwierig und Vorfremde ist falsch am Platz. Viele nun kursierende Ideen für dieses Gebiet sind aus Gründen der Finanzierung unrealistisch. Eventuell wäre ein Park mit einer Überbauung möglich. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt die Vorlage als Postulat. Die Situation ist sehr verfahren. Die Fraktion begrüsst die Anstrengungen des Gemeinderates, warnt aber vor zu hohen Erwartungen. Der Meinungsumschwung des Gemeinderates ist heikel, da die Planungssicherheit von Investoren dadurch tangiert wird, insbesondere weil die Gründe für den Meinungsumschwung nicht nachvollziehbar sind. Sicherlich ist das Projekt aus Sicht des Ortsbildschutzes überrissen.

**Martin Allemann** (SP) findet es unangemessen, einen Bürger, der sich mittels Einsprache gegen die Überbauung wehrt, als mühselig zu bezeichnen. Die Einsprecher haben weiter gedacht als andere. Sie wollen etwas zum Stadtbild beitragen.

**Konrad Hädener** (CVP) findet die Motion verfrüht und kontraproduktiv. Sie schürt uneinheitliche und hohe Erwartungen. Weder der Gemeinde- noch der Stadtrat haben in diesem Geschäft Entscheidkompetenzen oder sind Parteien vor Gericht. Wer dies suggeriert, ist auf Stimmungsmache oder Effekthascherei aus. Der neue Gemeinderat hat bereits anfangs Jahr seine Haltung gegenüber der Überbauung revidiert. Etwas unglaublich sind die vorgebrachten Gründe der Interessengemeinschaft Schadaugärtnerei. Anfangs wurde die Verletzung von Bauvorschriften, dann von Gewässerschutzvorschriften moniert. Nun steht der Ortsbildschutz im Vordergrund. Einzelne Exponenten wollen erklärermassen jegliche Entwicklung auf dem Areal verhindern. Man muss aber bedenken, dass neben dem Ortsbildschutz auch der Erhalt von Kulturland und die Verdichtung grosse Anliegen sind. Der Gemeinderat will in der nächsten Legislatur eine Ortsplanungsrevision an die Hand nehmen. Es ist gefährlich, jetzt einem einzelnen Quartier Versprechen zu machen. Erstaunlich ist der pauschale Auftrag der Motionäre an den Gemeinderat, das Areal zu kaufen. Abgesehen vom Kaufpreis ist nämlich auch völlig unklar, was mit dem Areal geschehen soll. Soll das Bauland zum Beispiel brach liegen? So funktioniert gewissenhafte Parlamentsarbeit nicht. Er lehnt den Vorstoss ab. Mit der Ablehnung wird anerkannt, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist.

**Lukas Lanzrein** (SVP) lehnt den Vorstoss ab, weil er falsche Hoffnungen weckt und weil er zu spät kommt. Die resultierenden finanziellen Folgen könnte die Stadt nicht tragen. So würde ein Rückkauf des Areals schätzungsweise einen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Der Kanton hätte Kosten aus dem Vertragsbruch zu tragen, welche auf die Stadt überwältigt würden. Ebenso würde der Investor bei der Stadt Einbussen einfordern. Es ist zudem nicht richtig, dass die Stadt mit Steuergeldern einen privaten Investor konkurrenziert.

**Franz Schori** (SP) findet, dass der Rat auf das Prinzip Hoffnung setzen darf.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** betont, dass sich der Gemeinderat mit der Entscheidung schwer tat. Es war nicht ein einzelnes Element, das den Ausschlag gab. Mit dem Entscheid hat der Gemeinderat kein Problem gelöst, sondern sogar zusätzliche geschaffen. Der Stadt gehört das Land nicht. Sie hat auch keine vertragliche Beziehung zum Investor. Somit wurden keine Verträge gebrochen. Das Einvernehmen mit dem Investor ist nach wie vor gut. Der Gemeinderat kann derzeit keine Lösung bieten. Er will auch keine grossen Erwartungen schüren. Der Gemeinderat wird weiterhin informieren, kann aber seine Überlegungen nicht im Detail schildern. Dies könnte eine Lösung allenfalls gefährden.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Postulat sachlich begründet ist, da der Gemeinderat im Rahmen eines früheren Vorstosses sagte, dass er nur im Auftrag des Stadtrates handle. Er wehrt sich gegen die Unterstellung, Effekthascherei zu betreiben. Es soll erlaubt sein, sich für die Bevölkerung in der Schadau einzusetzen. Wenn das Areal von der Stadt gekauft wird, soll der Preis vernünftig sein.

**Der Rat** überweist das Postulat mit 35 : 3 Stimmen und einer Enthaltung.

*5 Minuten Pause*

## **50. Postulat P 4/2012 betreffend Standort der Brücke Selve - Schwäbis**

### **Fraktionen Grüne, SP und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012; Beantwortung**

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, ist erfreut über die Antwort des Gemeinderates und hofft auf eine schnelle Umsetzung der zusätzlichen, attraktiven Verbindung. Die Umsetzung von Langsamverkehrsmassnahmen ist sehr wichtig für die Agglomeration. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, freut, dass der Gemeinderat den Vorstoss zur Annahme empfiehlt. Kunstinstallationen sollen separat behandelt werden. Die Fraktion wird das Postulat überweisen.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, findet eine zusätzliche Brücke für Fussgänger sinnvoll. Die Querung soll durch jene finanziert werden, die von ihr profitieren. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, erinnert, dass der Rat, wie auch die FDP, im September 2010 eine solche Aarequerung ablehnte. Das Projekt wurde damals isoliert betrachtet. Nun hätten sich die Rahmenbedingungen entscheidend geändert. Die Brücke macht nun Sinn, da sie im Gesamtsystem integriert ist. Die Fraktion unterstützt das Postulat und wünscht, dass Dritte die Brücke mitfinanzieren. Primär soll die Brücke funktionieren, Kunstinstallationen sind sekundär.

**Gemeinderat Roman Gimmel** ist der Meinung, dass sich das Areal sehr entwickelt hat und die Situation deshalb neu beurteilt werden muss. Dies rechtfertigt nun den Steg. Zudem ist eine Mitfinanzierung durch Dritte wahrscheinlich.

**Der Rat** überweist das Postulat einstimmig.

## **51. Postulat P 5/2012 betreffend Priorisierung der Langsamverkehrsverbindung Bahnhof - Selve - Schwäbis**

### **Fraktionen Grüne, SP und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012; Beantwortung**

Suzanne Albrecht, **Fraktion Grüne**, ist erfreut, dass die Verbindung als prioritäres A-Projekt klassiert werden soll. Die Verbindung ist für viele Verkehrsteilnehmende attraktiv. Die ersten Kontakte mit der Bodeneigentümerin SBB waren positiv. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die erste Etappe im Jahr 2014 umgesetzt würde. Die Fraktion überweist das Postulat.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, stimmt Gemeinderat Roman Gimmel zu, dass sich die Situation im Selve-Areal und im Grabengut geändert hat. Die Fraktion begrüsst das Anliegen und dessen Priorisierung. Die Grundlagen für das Bauwerk sind bereits erarbeitet. Die Fraktion wird das Postulat unterstützen.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, freut, dass der Gemeinderat diese Massnahme aus dem Agglomerationsprogramm prioritär behandeln will. Die Verzögerung lässt sich nur mit Personalmangel im Bereich Projektmanagement des Tiefbauamtes erklären. Es ist nun an der Zeit, die Massnahme zügig umzusetzen.

**Der Rat** überweist das Postulat einstimmig.

## **52. Postulat P 7/2012 betreffend Pilot-Projekt "Midnight Sports" in Thun ab 9. Schuljahr (dringlich)**

### **Fraktionen SP, Grüne, BDP, FdM und Mitunterzeichnende vom 7. Juni 2012; Beantwortung**

Nora Läng, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die schnelle Antwort und Umsetzung des Anliegens. Es ist richtig, die Schüler schon ab 13 Jahren am Pilot-Projekt "Midnight Sports" teilnehmen zu lassen. Selbstverständlich entscheiden die Eltern über die Teilnahme ihrer Kinder. Der Gemeinderat soll bei einer definitiven Einführung des Projektes prüfen, ob nicht noch weitere Turnhallen für das Projekt geöffnet werden können. Die Fraktion überweist das Postulat.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion keine einheitliche Meinung hat, den Vorstoss aber überweist. Es gibt Bedenken bezüglich des Lärms und anderer Begleiterscheinungen. Es muss deshalb eng mit den Quartierbewohnern zusammengearbeitet werden. Grundsätzlich wurde in Frage gestellt, ob die Stadt 13-jährige Schüler animieren soll, spät in der Nacht unterwegs zu sein. Das Projekt muss unbedingt seriös ausgewertet werden. Positiv ist, dass mit der Senkung der Altersgrenze die Chancen des Projektes auf einen erfolgreichen Abschluss grösser sind. Die Fraktion wünscht nun, dass das Pilot-Projekt lanciert wird.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, gefällt die Stellungnahme des Gemeinderates und er dankt für die entsprechende Umsetzung.

**Gemeinderätin Ursula Haller** dankt für die gute Aufnahme und das Vertrauen in den Gemeinderat.

**Der Rat** überweist das Postulat einstimmig und schreibt es ab.

### **53. Interpellation I 3/2012 betreffend neue Nutzung der Liegenschaft Falken**

#### **BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 15. März 2012; Beantwortung**

Die Diskussion wird gewünscht.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist von der Antwort befriedigt. Er wünscht, dass der Gemeinderat sich dafür einsetzt, dass der Falken ein währschaftes Restaurant bleibt.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schätzt die Antwort des Gemeinderates nicht so positiv ein. Es zeigt sich deutlich, dass die Stadt seit der Privatisierung der Altersheime keinen Einfluss auf deren Entscheidungen hat. Zwar hat die Stadt Einsitz im Stiftungsrat, die Stiftung ist aber in der Entscheidung frei. Dies ist unbefriedigend, da die Stadt auch eine Verantwortung für die betagten Menschen hat. Der Gemeinderat soll sich so gut wie möglich für das Restaurant einsetzen. Das Restaurant soll kein Bistro werden.

### **54. Fragestunde**

Folgende Fragen wurden vom Gemeinderat schriftlich beantwortet:

- **F 5/2012 betreffend Energiesparlampen in öffentlichen Gebäuden**  
Locher Manfred (EDU) vom 19. August 2012
- **F 6/2012 betreffend Verbreiterung der Hofstettenstrasse**  
FDP-Fraktion vom 21. August 2012

## Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** weist darauf hin, dass die Einladung zum Stadtratsanlass vom 14. September 2012 den Stadratsmitgliedern demnächst zugestellt wird.

## Eingänge

- Postulat für die Trennung von Kehricht aus öffentlichen Abfallbehältnissen; Fraktion SP, Grüne, BDP und Mitunterzeichnende vom 23. August 2012
- Postulat betreffend die Überprüfung der Nachruhebestimmungen der Stadt Thun; BDP-Fraktion vom 23. August 2012
- Postulat betreffend Regelung der Spielzeiten von Strassenmusikanten; SVP-Fraktion vom 23. August 2012
- Interpellation betreffend Förderung der Parteien; SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 23. August 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger